



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 33. Ratssitzung vom 21. Dezember 2022

1182. 2022/611

**Beschlussantrag der SP-, Grüne-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 30.11.2022:  
Resolution betreffend Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen im Iran und  
Ergreifung von Massnahmen durch den Bundesrat**

*Severin Meier (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1051/2022): Ich werde den Beschlussantrag formell und materiell begründen. Formell geht es um die Frage, mit welchen Resolutionen sich der Gemeinderat beschäftigen soll. Es ist klar, dass sich der Gemeinderat nicht mit Aussenpolitik im engeren Sinne auseinanderzusetzen hat. Es ist aber wichtig, dass die Stadt Zürich, als grösste Stadt der Schweiz, von der Landesregierung gehört wird. Es müssen zwei Kriterien erfüllt sein, damit der Gemeinderat über eine Resolution sprechen kann: Erstens muss die Resolution eine innenpolitische Komponente haben. Dies ist im Fall der Menschenrechtsverletzungen im Iran der Fall, weil sich die Resolution an den Bundesrat richtet. Zweitens muss die Stadt Zürich direkt betroffen sein. Dies ist der Fall, weil wir in Zürich eine iranische Diaspora haben und viele Demonstrationen hier stattfinden, die sich gegen die Schweizer Iranpolitik und die Menschenrechtsverletzungen im Iran richten. Die Stadt Zürich ist ein global relevanter, in der Sanktionspolitik zentraler Finanzplatz. Menschenrechtsverletzungen sollten immer eine Betroffenheit hervorrufen. Die Schweiz und der Iran sind Vertragsparteien des internationalen völkerrechtlichen Abkommens UNO-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte, in dem das Recht auf Leben als Menschenrecht verankert ist. Mehrere Artikel des Abkommens werden vom Iran nicht respektiert. Hinzu kommt, dass die Schweiz auf moralischer Ebene fraglos betroffen ist. Menschenrechte sind keine beliebigen juristischen Bestimmungen, sondern gelten als Schutz aller Menschen gleichermaßen. Wenn Menschenrechte tatsächlich universell gelten sollen, dann betreffen die Verletzungen der Menschenrechte im Iran alle Personen. Beide Kriterien – der innenpolitische Fokus und die Betroffenheit der Stadt Zürich – sind erfüllt. Damit komme ich zur materiellen Begründung. Ich muss Ihnen keine Zusammenfassung der schrecklichen Situation im Iran und der vielzähligen Menschenrechtsverletzungen geben. Es ist wichtig, dass die Stadt Zürich, als grösste Stadt der Schweiz, Druck auf die Landesregierung ausübt. Die SP stellt drei Forderungen an den Bundesrat: Erstens soll die Zivilgesellschaft im Iran finanziell unterstützt werden. Dabei denke ich vor allem an NGOs, die Frauenrechte voranbringen und sich für Menschenrechte einsetzen. Zweitens soll die Schweiz den UNO-Menschenrechtsrat bei der Umsetzung seiner Menschenrechts-Mission tatkräftig unterstützen. Drittens soll die Schweiz die Sanktionen der EU übernehmen, die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran verhängt wurden. Im Moment befindet sich die Schweiz in einer völlig inkohärenten Situation – sie hat die EU-Sanktionen aufgrund der Drohnen-Lieferungen an Russland übernommen, aber nicht die Sanktionen aufgrund der Menschenrechtsverletzungen. Die Menschenrechtsverletzungen gegenüber der iranischen Bevölkerung werden von der offiziellen Schweiz zurzeit also toleriert. Die Schweiz mit einem der grössten Finanz- und Rohstoffplätze*



*trägt bei der Sanktionspolitik eine Verantwortung und darf nicht von den EU-Sanktionen gegenüber dem Iran profitieren. Die Stimme der Stadt Zürich wird von der Landesregierung gehört und muss genutzt werden. In der Schweiz leben viele Menschen mit Familienmitgliedern im Iran. Es ist wichtig, dass die Stadt Zürich Verantwortung trägt.*

**Susanne Brunner (SVP)** stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Der Zürcher Gemeinderat will Schweizer Aussenpolitik betreiben. Das ist nicht die Aufgabe des Gemeinderats. Im Artikel 54, Absatz 1, der Bundesverfassung heisst es, dass die Aussenpolitik eine Angelegenheit des Bundes ist. Die SVP ist der Meinung, dass die Bundesverfassung umgesetzt werden muss und der Gemeinderat keine Bundesaufgaben übernehmen soll. Die SVP möchte den föderalen Aufbau des Schweizer Staates und die Aufgabenverteilung weiterleben lassen. Wir sind der Meinung, dass Gemeinden diejenigen Aufgaben lösen sollen, die ihnen gemäss kantonalem Verfassungsgesetz zugewiesen wurden. Der Gemeinderat der Stadt Zürich ist ein sehr selbstbewusstes Parlament – aber er überschätzt sich, wenn er Anliegen des Bundesrats übernehmen will. Es gibt in der Gemeinde genug Arbeit. Die SVP möchte die verfassungsrechtliche Aufgabenverteilung im Staat beibehalten und lehnt den Beschlussantrag aus diesem Grund ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Selina Walgis (Grüne):** *Die Situation im Iran macht fassungslos. Menschen werden aufgrund von Protesten hingerichtet. Das Regime im Iran missachtet die Menschenrechte seit Jahren systematisch. Im Iran gibt es eine wachsende nationale Protestbewegung. Es ist schockierend, wie wenig der Schweizer Bundesrat unternimmt. Aus diesem Grund wurde ein Beschlussantrag gestellt. Die Grünen fordern die vollständige Übernahme der EU-Sanktionen, ausserdem soll die Zivilgesellschaft unterstützt werden. In der Stadt Zürich und schweizweit finden Solidaritätskundgebungen statt. Auch der Gemeinderat soll sich mit der Zivilgesellschaft im Iran solidarisieren. Frau, Leben, Freiheit.*

**Michael Schmid (FDP):** *Die FDP verurteilt die Verletzungen der Menschenrechte im Iran. Unser Respekt gilt der Zivilgesellschaft im Iran und insbesondere den mutigen Frauen. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist es ein Fehler, wenn der Gemeinderat Aussenpolitik betreibt. Es steht fest, dass für den Gemeinderat keine Zuständigkeit besteht. Es gilt Artikel 84 der Gemeindeordnung (GO) der Stadt Zürich: «Die Mitglieder des Stadtrats vertreten die Behörde vor dem Gemeinderat und die Stadt im Verkehr mit den kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie nach aussen.» Die Unzuständigkeit des Gemeinderates gilt doppelt. Sie kann aus moralischen Gründen relativiert werden, aber für die FDP gilt, dass nur die eigenen Aufgaben, entsprechend dem demokratischen Rechtsstaat, wahrgenommen werden sollen. Aus diesem Grund wird sich die FDP nicht an dieser Abstimmung beteiligen.*

**Karin Weyermann (Die Mitte):** *Ich kann mich Michael Schmid (FDP) anschliessen. Die Mitte hat sich in der Vergangenheit mehrmals entschieden, an solchen Beschlussanträgen nicht teilzunehmen. Der Gemeinderat ist nicht zuständig für die Aussenpolitik. In diesem Fall haben wir mitunterzeichnet, weil es sich um eine Aufforderung an den Bundesrat handelt und der Gemeinderat nicht direkt in die Aussenpolitik eingreift. Die Mitte*



*hält es für wichtig, auf den Bundesrat einzuwirken, damit er seine Aufgaben in der Aussenpolitik wahrnimmt. Ich verzichte darauf zu wiederholen, wie schlimm die Situation im Iran ist. Die Mitte unterstützt den Beschlussantrag, weil wir meinen, dass der Gemeinderat in diesem Fall die Kompetenz hat, sich beim Bundesrat Gehör zu verschaffen.*

**Ronny Siev (GLP):** *Seit über 40 Jahren terrorisiert das islamo-faschistische Mullah-Regime die Menschen im Iran. Der Iran hat seine Truppen im gesamten Nahen Osten verteilt. Er führt regelmässige Cartoon-Wettbewerbe zum Holocaust durch und schreibt sich die Zerstörung von Israel auf die Fahne. Hinzu kommt, dass der Iran versucht, eine Atombombe zu bauen. Frauen, Homosexuellen und Andersdenkenden droht im Iran Folter und Mord. Vor vier Jahren hat es einschneidende Sanktionen der USA gegeben. Der Bundesrat hat die Sanktionen abgelehnt. Der iranische Präsident war kurz darauf in der Schweiz – ich werde nie vergessen, wie Bundesrat Alain Berset den Schlächter Rohani am Flughafen mit rotem Teppich empfing. Schweizer Soldaten mussten dem Präsidenten salutieren. Ich frage mich, wie es den jüdischen und homosexuellen Soldaten dabei erging. Ein paar Jahre davor war Bundesrätin Michelin Calmy-Rey im Iran auf Besuch beim Präsidenten und trug unterwürfig ein Kopftuch. Ich frage mich, wie sich die iranischen Frauen dabei fühlten. Die GLP unterstützt, dass sich die SP der Menschen im Iran annimmt und nicht nur des Regimes. Zwei der Parteien, die den Beschlussantrag unterstützen, sind selbst im Bundesrat vertreten. Es ist mir ein Rätsel, wieso diese Parteien nicht direkt mit ihren Genossen im Bundesrat in Kontakt treten. Der Gemeinderat soll keine Aussenpolitik betreiben. Die GLP lehnt den Beschlussantrag ab.*

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** *Die AL hat den Beschlussantrag lange diskutiert und sich entschieden, ihn mitzutragen. Es stellt sich die Frage, welche Rolle wir als kommunales Parlament einnehmen. Der vorliegende Beschlussantrag beeinflusst das Regime nicht. Der Gemeinderat kann und soll keine Aussenpolitik betreiben. In diesem Fall geht es darum, den nötigen Druck auf den Bundesrat aufzubauen, damit er die Sanktionen der EU ganzheitlich mitträgt. Unser Massstab im Unterstützen des Beschlussantrags sind die im Postulat genannten drei Punkte: Frieden, Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte. In diesem Sinn schliessen wir uns an, dass die Stadt Zürich an die Landesregierung appelliert, angesichts der Ereignisse im Iran keine Sonderzüge zu fahren. Der Bundesrat soll sich im Rahmen seiner Möglichkeiten immer für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzen. Die AL hält Engagements, wie parteiintern zu appellieren oder das eigene Wort öffentlich zu nutzen, für effektiv. Solche Engagements können diesen Beschlussantrag stärken. Mit dem Beschlussantrag wird primär ein Statement gesetzt.*

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 68 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Weiterbehandlung durch Die Geschäftsleitung im Sinne von Art. 154 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

«Die Stadt Zürich verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufs Schärfste und ruft die Schweizer Landesregierung dazu auf, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Deshalb fordert die Stadt Zürich den



4 / 4

Schweizer Bundesrat auf:

- Die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes vollständig zu übernehmen;
- Sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einzusetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen;
- Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.»

Mitteilung an den Stadtrat und an den Bundesrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat